KOMMENTAR 06.12.2013 | Joseph E. Stiglitz

Keine Eurorettung ohne Solidarität!

Wenn die Krise andauern soll, dann bitte weiter so...

Eurorettung -- Die Eurokrise ist drei Jahre alt und nur ein hoffnungsloser Optimist würde annehmen, dass das Schlimmste definitiv hinter uns liegt. Einige Beobachter argumentieren, dass die *Double Dip Rezession* der Eurozone nun zu Ende ist und schließen daraus, dass die Medizin der Austeritätspolitik gewirkt hat. Aber versuchen Sie einmal, das den Ländern beizubringen, die sich immer noch in einer Depression befinden. Dort liegt das per Kopf BIP immer noch unter dem Niveau von vor 2008, die Arbeitslosenrate steht bei über 20 Prozent und 50 Prozent der Jugendlichen sind ohne Arbeit. Wenn die „Erholung" in diesem Tempo voranschreitet, dann können wir erst in der Mitte des kommenden Jahrzehnts mit einer Rückkehr zur Normalität rechnen.

Wenn die „Erholung" in diesem Tempo voranschreitet, dann können wir erst in der Mitte des kommenden Jahrzehnts mit einer Rückkehr zur Normalität rechnen.

Eine aktuelle Studie von Ökonomen der Federal Reserve verweist darauf, dass die andauernde hohe Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ernsthafte negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben wird und zwar auf Jahre hinaus. Wenn das für die Vereinigten Staaten erwartet wird, wo die Arbeitslosigkeit um 40 Prozent niedriger ist als in Europa, dann erscheinen die Aussichten für europäisches Wachstum tatsächlich düster.

Was jetzt nötig ist: Eine Strukturreform

Was jetzt vor allem gebraucht wird, ist eine fundamentale Reform in der Struktur der Eurozone. Mittlerweile existiert ein ziemlich klares Bild darüber, was erforderlich ist:

Eine echte Bankenunion mit einheitlicher Aufsicht, einer gemeinsamen Einlagesicherungen und einem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus. Ohne das wird Geld weiterhin von den schwächsten in die stärksten

Länder fließen.

Irgendeine Form der Schuldenvergemeinschaftung wie etwa Eurobonds. Da Verhältnis Schulden zu BIP in Europa niedriger ist als in den Vereinigten Staaten, könnte die Eurozone zu negativen realen Zinsraten Gelder leihen, so wie die Vereinigten Staaten. Die niedrigen Zinsraten würden Geld freisetzen, das die Wirtschaft stimulieren würde. So könnte der Teufelskreis der Krisenländer durchbrochen werden, in denen Austerität die Schulden vergrößert, und zugleich Schulden durch ein schrumpfen des BIP weniger tragfähig macht.

Eine Industriepolitik, die die langsameren Länder dazu befähigt, aufzuholen. Dies impliziert eine Revision der aktuellen Beschränkungen, die eine solche Politik als unakzeptablen Eingriff in den freien Markt betrachtet.

Eine Zentralbank die nicht nur die Inflation in den Blick nimmt, sondern auch Wachstum, Beschäftigung und finanzielle Stabilität.

Das Ersetzen der Anti-Wachstums-Austeritätspolitik durch eine Pro-Wachstumspolitik, die auf Investitionen in Menschen, Technologien und Infrastruktur abzielt.

Neoliberalismus als Geburtshelfer - das konnte nicht gut gehen

Vieles im Design des Euros reflektiert die neoliberalen Wirtschaftsdoktrinen die zu der Zeit dominierten als die Einheitswährung konzipiert wurde. Gemeinhin wurde davon ausgegangen, dass Wachstum und Stabilität durch ein Niedrighalten der Inflation fast automatisch erfolgen würde, das unabhängige Zentralbanken der einzige Weg wären, wie Vertrauen in das Geldsystem sichergestellt werden könne, das niedrige Schuldensätze und Defizite eine Angleichung zwischen den Mitgliedsstaaten zur Folge haben würde, und dass ein einheitlicher Markt, auf dem Geld und Personen sich frei bewegen können, Effizienz und Stabilität sicherstellen würde.

Jede dieser Lehren ist mittlerweile widerlegt. Die unabhängigen Zentralbanken in den Vereinigten Staaten und Europa haben bezogen auf das Entstehen der Krise eine viel schlechtere Bilanz vorzuweisen als weniger unabhängige Banken in einigen führenden Emerging Markets.

Ihr Fokus auf Inflation lenkte ihre Aufmerksamkeit ab von der viel wichtigeren Frage der finanziellen Fragilität.

So verfügten Spanien und Irland vor der Krise über finanzielle Überschüsse und ein geringeres Verhältnis von Schulden zum BIP. Die Krise führte zu den Defiziten und zu hohen Schulden, nicht anders herum. Die finanziellen Beschränkungen, auf die Europa sich verständigt hat, werden weder eine schnelle Erholung ermöglichen noch die nächste Krise verhindern.

Auch die freie Bewegung von Personen, wie die freie Bewegung von Geldern, schien zunächst sinnvoll. Die Produktion würde dahingehen, wo ihre Erträge am größten wären. Doch die Migration aus den Krisenländern hat die schwächeren Wirtschaften ausgehöhlt. Dies kann letztlich in einer Fehlallokation von Arbeit resultieren.

Interne Abwertungen, die Reduzierung von Löhnen und Preisen, ist kein Ersatz für Wechselkursflexibilität. Tatsächlich wachsen die Sorgen über die Deflation. Das erhöht die Schuldenniveaus, die schon heute zu hoch sind. Wenn interne Abwertung tatsächlich ein tragfähiger Ersatz wäre, dann hätte der Goldstandard in der Großen Depression kein Problem sein dürfen.

Gesundsparen? Das hat noch nie funktioniert...

Kein Land hat es jemals geschafft, Wohlstand durch Austeritätspolitik wieder herzustellen. Historisch gesehen, sind nur ein paar glückliche Länder in der Lage gewesen, den Ausfall geringerer öffentlicher Ausgaben durch stärkere Exporte auszugleichen und so die deprimierenden Effekte der Austerität zu umgehen. Doch europäische Exporte haben seit 2008 kaum zugenommen, trotz der Lohnreduzierung in einigen Ländern wie Griechenland und Italien. Bei einem so lauwarmen globalen Wachstum kann der Export den Wohlstand Europas und Amerikas auf absehbare Zeit nicht wiederherstellen.

Bei einem so lauwarmen globalen Wachstum kann der Export den Wohlstand Europas und Amerikas auf absehbare Zeit nicht wiederherstellen.

Deutschland und einige andere nordeuropäische Länder stellen einen ungebührlichen Mangel an europäischer Solidarität unter Beweis, indem sie erklären, dass von ihnen nicht erwartet werden kann, die Rechnungen ihrer verschwenderischer südlichen Nachbarn zu bezahlen. Dies ist aus

verschiedenen Gründen falsch. Zunächst ist klar, dass geringere Zinsraten in der Folge von Eurobonds oder ähnlicher Mechanismen die Schuldenlast eher handhabbar machen würde. Hier ist daran zu erinnern, dass die Vereinigten Staaten aus dem Zweiten Weltkrieg mit einer sehr großen Schuldenlast hervorgingen, und dass die folgenden Jahre dennoch die stärkste Wachstumsperiode des Landes ausmachte.

Wenn die Eurozone das oben ausgeführte Programm umsetzt, dann sollte Deutschland nicht in die Lage kommen, irgendeine Rechnung zu bezahlen. Doch in der perversen aktuellen europäischen Politik folgt eine Umstrukturierung auf die andere. Wenn Deutschland und andere nordeuropäische Staaten auf der Fortsetzung der aktuellen Politik bestehen, werden Sie und ihre südlichen Nachbarn am Ende einen hohen Preis bezahlen müssen.

Der Euro sollte Wachstum, Wohlstand und ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl fördern. Stattdessen brachte er Stagnation Instabilität und Uneinigkeit.

Doch dies muss nicht so sein. Der Euro kann gerettet werden,doch dafür braucht es mehr als europäische Sonntagsreden. Wenn Deutschland und andere nicht bereit sind zu tun was erforderlich ist, wenn also nicht genug Solidarität vorhanden ist, um diese Politik zum Erfolg zu führen, dann könnte es erforderlich sein, den Euro aufzugeben, um das europäische Projekt zu retten.

(c) Project Syndicate



Joseph E. Stiglitz
New York

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der *Columbia University* und war Vorsitzender des *Council of Economic Advisers* der Regierung von Bill

Clinton sowie *Senior Vice President* und *Chief Economist* der Weltbank.
Im Jahr 2001 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

4 LESERBRIEFE

Wolfgang Heller schrieb am 15.12.2013

JA UND AN WEN HAT DA DER HERR PROFESSOR gedacht?
Offensichtlich an Deutschland!
Was uns arm macht, ist der Euro!
Solidarität wie gefordert, ist Knechtschaft und Sklaverei!

Werner Ziegler schrieb am 05.01.2015

SOLIDARGEMEINSCHAFT ist eine wunderbare Sache, aber nur wenn sich alle Partner an die Regeln halten. Wenn alle Milliardäre und Millionäre in Griechenland z.B. ihre Steuern zahlen würden, bräuchte dieses Land keine Hilfe. Leider ist es aber so, dass die Superreichen und "Global Players" gar keine Steuern bezahlen und ihr Vermögen in Steueroasen parken. Solange dies so ist gibt es keine Solidargemeinschaft.

Kim J Singh schrieb am 13.01.2015

Wiederspricht jemand, diesen, Herrn Professor Joseph Steglitz, muss sich auch die Zeit nehmen seine Denkantösse zu entkräften. Ich danke Herr Steglitz, dass er mit unsere Probleme in Europa auseinandersetzt. Wie viele von unsere Professoren können fundiert über andere Länder (USA, China, Indien oder Russland) diskussionswürdige Denkanstösse geben? Herr Steglitz ist kein besser Wisser. Er argumentiert fundiert. Ich teile weitgehend seine Meinungen. Mit der Haltung der Deutschland seit 2008, und die in der EU die deutsche Meinung folgen, werden wir die fortdauernde Krise in EU nicht beherrschen können. Sind Lohndumping, Minderlohnbeschäftigungen, hohe Arbeitslosigkeit und die Spiele der Exportweltmeister, die einzige verfügbaren Instrumenten, dann können wir als EU der Traum für eine nachhaltige Wirtschaft nicht mehr gewinnen. Seit BRICKS statten immer weniger. Ferner bin ich der Auffassung eine nachhaltige Reichtum oder Wohlstand (Glück) lassen sich weder auf den Börse vermehren, noch sind diese durch Ökonomische-tinkering stabil zu halten. Börse, die EZB, Fed und Exportüberschüsse sind keine Allheilmittel. Kommunismus hat fehl geschlagen, weil

den Menschen an den Inzentiven fehlte und aber auch weil Sie das Gras auf der andere Seite aus durch eine Grünebrille betrachteten. Der deutsche Sozialmarktwirtschaftliche Model haben die Gewerkschaften und gier der Unternehmern überfordert und den Menschen fehlen die Anreize eine bezahlte Beschäftigung nachzugehen, Zusehend mehr gehen zu Amt & Tafel Cos. Der Washington Consensus, liberale Marktwirtschaft bricht unter der zunehmende Armut und Reichtum schere. Es gilt nun der 4. Weg zu suchen. Ideen sind gefragt. Wir müssen von alle Menschen in Arbeitsalter verlangen aber auch ermöglichen eine ehrenwerte Gut bezahlte Tätigkeit nach zu gehen. Sonst von eine dauerhafte Amt, Tafel & mit Hungerlöhne kann keine einheimische Absatzmarkt geben. Um einseitig zu Exportieren wird es keine freie Pass geben. Deren globale Folgen sind Katastrophal: ökonomisch,wirtschaftlich, sozial und Politisch. Schweiz-2014 verzollt die Pizzas die jeden Abend von billige Deutschland in die teure Schweiz in Lieferservice angeboten und geliefert werden .... Da sind wir. Deutsche müssen Pizzas in die Schweiz liefern; so wie auch einige deutsche Ärzte am Wochenenden in Schweiz, Dubai, London ihre verdienst aufbessern.

Kim J Singh schrieb am 13.01.2015

Ein Nachtrag ... Was uns arm macht, ist der Euro! sagen viele Menschen in Deutschland. Deutschland profitiert, sagen die andere, von und wegen Euro. Unsere reiche Land könnte ohne Euro, die daraus resultierende enorm Hohe Stattschuld-Zinsen überhaupt nicht verkraften; ebenso die Unternehmer und wir alle.